

Mehr Geld für Wahlhelfer

Emmering/Mehring. Wahlhelfer in der VG Emmerting-Mehring bekommen bei der kommenden Wahl mehr Geld: Mit einer Gegenstimme wurde im Emmertinger Gemeinderat die Anhebung der Entschädigung von 40 auf 60 Euro beschlossen. Im Mehriinger Gremium wurde dieselbe Erhöhung befürwortet. – mf

4 Wochen für nur
99 Cent testen!

pnp.de/epaper

Boxen für die Mülltonnen

Mehring. Mit der Farbgestaltung des neuen Kindergartenbaus will sich der Gemeinderat in der nächsten Sitzung beschäftigen. In der jüngsten Sitzung wurde bereits beschlossen, dass drei Boxen zur Unterbringung der zwölf Müll- und Papiertonnen für 2400 Euro bestellt werden. – mf

„Die Industrie ist nicht das Problem“

Vielmehr sei sie die Lösung, sagt Günter von Au über das Verhältnis Ökonomie und Ökologie

Burghausen. Als Wahlkampf-helfer war er ins Bürgerhaus gekommen, und doch hatte Günter von Au am Dienstagabend für die Zuhörer von Klaus Schultheiß (siehe Seite 27) vorrangig besorgniserregende Einschätzungen mit im Gepäck.

Abseits des sonstigen Wahl-abends referierte der Vize-Verwaltungs-ratschef von Clariant und einstige Vorsitzende der Bayerischen Chemieverbände zum Thema Stromversorgung und deren Bedeutung für den Industriestandort Burghausen.

Drei Thesen hatte von Au dabei parat: 1. Die Globalisierung der vergangenen zehn Jahre habe weltweit unbestreitbar zu mehr Wachstum und sinkender Armut geführt. Entsprechend müsse die Entwicklung fortgeführt werden, fernab aller derzeit aufflammenden nationalistischen Tendenzen und Denkweisen. 2. Der Wohlstand Deutschlands basiere auf einer starken Wirtschaft. 3. Jedes Unternehmen, „das etwas auf dem Kasten hat, nimmt heutzuta-



Ein Plädoyer für freies Wirtschaften und mehr Vertrauen in die Industrie hielt Clariant-Verwaltungsrat Günter von Au. – Foto: Kleiner

ge das Thema Nachhaltigkeit ernst“. Nachhaltigkeit liege einfach im Trend, sie müsse der Wirtschaft nicht aufoktroziert werden, sie sei schlicht sinnvoll, befand Günter von Au.

Mit Blick auf die drei Thesen forderte der Chemie-Experte die

Politik auf, die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen oder zu erhalten, um die Industrie wettbewerbsfähig zu halten. Knackpunkt für die Chemie in Burghausen seien hier vor allem die Energiekosten. Während in China der Industriestrompreis bei

zweieinhalb bis drei Cent pro Kilowattstunde liege und auch die USA ähnliche Voraussetzungen bieten würden, müsse die energieintensive Industrie in Deutschland mittlerweile mit sieben bis 14 Cent klarkommen. Selbst mit hoher Effizienz sei da eine wirkliche Wettbewerbsfähigkeit kaum noch zu halten.

Dabei sei die Sache klar, sagte von Au weiter: Wenn aufgrund ökobedingter Strompreis-Steigerungen die Wettbewerbsfähigkeit fehlt und damit auch der entsprechende Profit, würden Unternehmen abwandern. Damit gingen in Burghausen und Region nicht nur Arbeitsplätze und Wohlstand verloren, auch das vermeintliche Ziel werde ad absurdum geführt. Schließlich werde die Produktion nur verlagert – weg aus dem öko-effizienten Deutschland, hin in deutlich umweltschädlicher produzierende Länder wie China oder die USA. „Das macht doch keinen Sinn, das kann doch nicht sein“, sagte von Au vor diesem Hintergrund.

Deutschland und der Bundespolitik bescheinigte der Fach-

mann eine „völlig unausgegorene“ Energiewende. Zeitgleich würden Kern- und Kohlekraftwerke vom Netz genommen, und das trotz fehlender versorgungssicherer Alternativen. Die Folgen seien – mit Blick auf die Kernkraftmeiler – ein vermehrter CO₂-Ausstoß und zudem steigende Kosten.

Um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, forderte von Au mehr „Ausgewogenheit zwischen Ökologie und Ökonomie“. Statt das Ganze „ideologisch völlig überzeichnet“ zu sehen, müssten wieder Sachthemen im Vordergrund stehen. Neue Technologien müssten angegangen werden, von der Energiegewinnung mittels Wasserstoff bis hin zu Biotechnologien. Gerade dem Chemiedreieck würden sich hier Chancen bieten. „Viele Dinge“ könnten bewegt werden, doch sei es dafür notwendig, „dass alte Dinge so beständig gehalten werden, dass Neues wachsen kann“. Das bedinge auch, dass die Wirtschaft „möglichst frei arbeiten kann“, sagte von Au. Sein Fazit: „Die Industrie ist nicht das Problem, die Industrie ist die Lösung.“ – ckl